

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)

Antragstellerin/Antragsteller (Name, Vorname oder Firma)		
Anschrift (ggf. Hauptniederlassung)		
Telefon	Telefax	E-Mail

Personalien der Antragstellerin/des Antragstellers bzw. der Vertretung der juristischen Person

(Sind mehrere Personen zur Vertretung berufen oder sind Personen mit der Leitung des Betriebes beauftragt, sind die Ziffern 1. und 2. für jede Person auszufüllen)

Name, Vorname(n), ggf. Geburtsname		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Wohnanschrift (bei Ausländern auch Heimatanschrift)		
Wohnanschrift in den letzten fünf Jahren, wenn nicht wie oben angegeben	von/bis	Aufenthaltort

Optional:

Angaben zur Firma (wenn das Prostitutionsgewerbe durch eine juristische Person betrieben werden soll):

Eingetragen beim Amtsgericht in	am	unter Nr.
---------------------------------	----	-----------

1. Überprüfung der Zuverlässigkeit

Anhängige Strafverfahren	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, (Justizbehörde, Aktenzeichen):
Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, (Behörde, Aktenzeichen):
Eintragungen im Schuldnerverzeichnis	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bzw. Abweisung eines Eröffnungsantrags mangels Masse innerhalb der letzten fünf Jahre	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, (Amtsgericht, Aktenzeichen):
Anhängige oder abgeschlossene Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung und/oder Rücknahme/Widerruf einer gewerberechtiglichen Erlaubnis	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, (Behörde, Aktenzeichen):

2. Art des Gewerbes, für das die Erlaubnis beantragt wird

<input type="checkbox"/> § 2 Abs. 3 Nr.1 ProstSchG	Betrieb einer Prostitutionsstätte
<input type="checkbox"/> § 2 Abs. 3 Nr.2 ProstSchG	Betrieb eines Prostitutionsfahrzeugs
<input type="checkbox"/> § 2 Abs. 3 Nr.3 ProstSchG	Organisation oder Durchführung von Prostitutionsveranstaltungen
<input type="checkbox"/> § 2 Abs. 3 Nr.4 ProstSchG	Betrieb einer Prostitutionsvermittlung

bitte wenden ↗

3. Angaben zum Betrieb

Gewerbeanschrift und Telefon-Nr.; Telefax-Nr. und/oder E-Mail-Adresse	
Mit der Leitung des Betriebs wird beauftragt (Name, Vorname)	

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die in diesem Antrag aufgeführten Behörden die für die Bearbeitung erforderlichen Auskünfte erteilen und Akteneinsicht gewähren.

Ich willige der Verarbeitung meiner Daten ein/Wir willigen in die Verarbeitung unserer Daten ein. Die anliegende Belehrung zu dieser Einwilligung habe ich/haben wir gelesen. Den Inhalt und insbesondere meine/unsere Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des
Antragsstellers/Geschäftsführung
(ggf. mit Stempel)

Datenschutzerklärung für Informationspflichten des Art. 13 DSGVO (Antragsformular ProstSchG)

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke von gewerberechtlichen Entscheidungen verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO, § 34 Prostituiertenschutzgesetz und die Gewerbeordnung.

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben, erfolgt aber auch auf freiwilliger Basis. Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer freiwilligen Angaben ist Ihre Einwilligungserklärung. Sie haben die Möglichkeit, Ihre freiwilligen Angaben jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung bleibt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung unberührt.

Pflichtangaben werden auf Grundlage des § 34 Prostituiertenschutzgesetz und der Gewerbeordnung erhoben. Sofern Sie Ihre personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann die Behörde weitere Ermittlungsmaßnahmen treffen. Zudem kann die Behörde Ihren Antrag wegen fehlender Mitwirkung ganz oder teilweise ablehnen.

Ihre Daten werden je nach Fallgestaltung zwischen 30 Jahren und dauerhaft gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Zeitpunkt der Erhebung.

Ihre personenbezogenen Daten werden je nach Fallgestaltung an folgende Dritte übermittelt:

Meldebehörde, Gewerbebehörde, Steuerbehörde, Bundesamt für Justiz, Polizeibehörde, Amtsgericht, Zoll, Verwaltungsgericht, Gerichtsvollzieher, Staatsanwaltschaft, Gesundheitsamt, Lebensmittelkontrolle, Ausländerbehörde, Baubehörde, Vollstreckungsbehörde, Berufsgenossenschaft, Industrie- und Handelskammer, sonstige Behörden und öffentliche Stellen innerhalb der Verwaltungseinheit.

Den Landkreis Verden als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter info@landkreis-verden.de oder postalisch unter Landkreis Verden – Der Landrat -, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller), kontaktieren.

Sie können außerdem den Datenschutzbeauftragten des Landkreises Verden per E-Mail unter datschutz@landkreis-verden.de oder postalisch ebenfalls unter der oben genannten Adresse kontaktieren.

Sie können gegenüber dem Landkreis Verden folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft über Ihre hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Vervollständigung Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Löschung Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten
- Recht auf Datenübertragbarkeit, d. h. zur Herausgabe der über Sie verarbeiteten Daten in einem strukturierten Format

Ihr Beschwerderecht können Sie unter anderem bei der Niedersächsischen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, der Landesbeauftragten für den Datenschutz in Niedersachsen wahrnehmen.